

Erscheint einmal wöchentlich, mit Illustrierten Beiträgen, Gedichten und Weiß und der Ausgabe "Für unter freien Leuten", sowie den Zeitungen "Unterhaltung und Wissen", "Die praktische Hand" und "Zur guten Ruh". Monatlicher Bezugshinweis  
Ausgabe A mit 12-Pfennig-Mark, 2,70  
Ausgabe B ohne 12-Pfennig-Mark, 2,50  
Erscheinungsnummer 10 J. Sonnabend, 2. Sonntagsnummer 20 J.  
Hauptherausgeber: Dr. G. Deeges, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania  
Dresdner Straße 11, Postleitzahl 12  
Central 21012, Postleitzettel Dresden 1025, Bank  
Leipziger Straße 10, Postleitzahl 10102.

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, den 6. August 1932

Verlagsort: Dresden  
Anzeigenpreis: Die halbe Seite 30 J., Zentrale  
Anzeige u. Stellengänge 20 J., die Polizeihäuser, 20 mm  
breit, 1 J. für Anzeigen innerhalb des Verbreitungsbereichs  
40 J., die Polizeihäuser 1,30 J., Postleitzettel 20 J. Im Falle  
höherer Gewalt erhält jede Veröffentlichung auf Lieferung keine  
Entlastung u. Anzeigen zu entrichten. Auf Lieferung von Schadensersatz  
Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mitte 1, Postleitzahl 12, Central 2012

## Die Königsberger Attentäter

Nationalsozialisten sind die Träger der Terror-Aktion

Königsberg, 5. August. Der am 1. August beabsichtigte Anschlag gegen das Gewerkschaftshaus ist aufgeklärt worden. Die Attentäter gehen heute der Staatsanwaltschaft zu. Es sind 8 Täter, die angeben, SA-Leute vom 12. Sturm zu sein; unter ihnen befindet sich auch der Sturmführer.

Auch eine vollendete und vier versuchte Brandstiftungen am 1. August in Königsberg-Kallhof haben ihre Ausklärung gefunden. Die Attentäter gehen ebenfalls der Staatsanwaltschaft zu. Festgenommen sind 12 Täter, die angeben, ebenfalls dem Sturm 12 der SA anzugehören.

In der vergangenen Nacht wurden mehrere Straßenviertel durch die Polizei planmäßig besucht. Hierbei erfolgte ein Überfall von etwa 40 Personen auf 2 Beamte in Zivil. So wurden insgesamt 5 Personen festgenommen, die sämtlich im Besitz von Waffen waren.

### Der unruhige Osten

Schüsse und Steinwürfe im ostpreußischen Städten.  
Keine Verletzen.

Königsberg, 5. August. (E. M.) In der vergangenen Nacht haben sich in mehreren Städten Ostpreußens Zwischenfälle ereignet, die sich im wesentlichen darauf beziehen, daß Schauenscheiben und Scheiben privater Wohnungen durch Steinwürfe zertrümmert wurden.

In Ost wurde eine große Schauenscheibe der Firma Simberg u. Töpfel durch einen Steinwurf und eine Fensterscheibe der Adler-Apotheke durch einen Steinhandgranate zertrümmert, die von der Polizei beschlagnahmt wurde. In Kössel wurden zwei Schauenscheiben des Geschäftes von Bräusti und in Deutsch-Eckau ein Fenster der Ortskantinen ebenfalls durch Steinwürfe zertrümmert.

In Tilsit wurden gegen 2 Uhr auf ein Haus in der Hindenburgstraße 8 Revolverwälle abgegeben. Man vermutet, daß sie der Wohnung eines bekannten Kommunistenführers gesetzt haben. Zwei Schüsse durchdringen das Fenster einer Eichelwohnung. Wahrscheinlich ist dieser Feuerüberfall von einem Kraftwagen aus unternommen worden.

Noch nach unverbliebenen Nachrichten aus Löben sollen in der vergangenen Nacht auf ein Reichsbahngebäude zwei Sprengkörper geworfen worden sein. Mehrere Fensterscheiben wurden zertrümmert. Nähere Einzelheiten über diesen Anschlag fehlen noch.

In allen Fällen gelang es den Tätern, zu entkommen.

### Der Feuerüberfall in Hindenburg

Die Täter Nationalsozialisten.

Hindenburg, 5. August. Zu dem gemeldeten Feuerüberfall auf zwei Polizeibeamte von einem Motorrad aus, teilte die Pressestelle der Polizei mit, daß die beiden Täter festgenommen wurden. Einer von ihnen hat bereits ein Geständnis abgelegt. Er gehört der NSDAP an.

## Die Reichsregierung wartet ab

Der Regierungsbeschluß über die inneren Sicherungsmaßnahmen

Berlin, 5. August. (E. M.) Die Ministerbesprechung, die gestern vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers von Gaul begann, war erst kurz nach 2 Uhr zu Ende. An dieser Besprechung hat die Reichsregierung auf Grund der eingesagten Berichte eingehend die innerpolitische Lage erörtert und über entsprechende Maßnahmen gegen die sich in der letzten Zeit häufenden Terrorakte beraten. Dabei ist man übereingekommen, die bestehenden Strafbestrafungen ganz wesentlich zu verschärfen. Man hat im einzelnen gründlich festgelegt, welche Schritte unternommen werden sollen. Nach unseren Informationen werden die Maßnahmen jedoch zunächst noch nicht erlassen, da man dies von der weiteren Entwicklung abhängig machen will. Auf Grund des Ergebnisses der heutigen Kabinettssitzungen ist die Reichsregierung aber jederzeit in der Lage, sofort die beschlossene Verordnung zu erlassen, wenn die Lage dazu erfordert.

Die preußische Regierung wird sich ebenfalls im Laufe des Nachmittags mit dem gesamten Kräftekomplex befassen.

Zum übrigen hat die Reichsregierung sich in ihrer heutigen Ministerbesprechung auch mit agrarpolitischen Fragen befaßt, die sich aus den Verhandlungen, insbesondere um den Butterzoll, ergeben haben.

### Das Echo in der Berliner Presse.

Berlin, 5. August. (E. M.) Eine große Anzahl der Berliner Morgenblätter beschäftigt sich mit den geplanten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des politischen Terrors.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, anders als mit drakonischen Maßnahmen könne jetzt nicht mehr durchgegriffen werden.

Germania und Berliner Tageblatt dulden ihre Verwunderung über die schwankende Haltung des Reichskabinetts aus. Die Vossische Zeitung glaubt die Feststellung nicht unterdrücken zu können, daß die Reichsregierung sich selbst gegen über gebildeter sei als gegenüber der früheren preußischen Regierung.

Der Vorwärts warnt davor, Verstimmungen zu treffen, die sich lediglich gegen links auswischen. Die Politik der Regierung von Papen werde durch die Errichtung von Standorten nicht besser.

Der Vorwärts weist auf die Notwendigkeit hin, daß das geplante „äußerste Mittel“ nur dann gerechtfertigt sei, wenn es von einer Macht angewendet werde, die verhindert, daß ihr die politische Karriere des Gewaltüters vollkommen gleichgültig sei.

Berlin, 5. August. (E. M.) Die Vorwährenden der SPD, Otto Wels und Hans Vogel haben dem Vorwärts zufolge gestern bei Dr. Brodt Schärfe beschnitten über den „nationalsozialistischen Terror“ erhoben. Der Stellvertretende Reichshofrat bekannte, daß er die Geschehe sehe, und er sei bemüht, ihrer Herr zu werden.

### Die Trauerfeierlichkeiten für Dr. Seipel

Wien, 5. August. Mit der ersten Einlegung der sterblichen Hülle Dr. Seipels im Aufbahrungsaum des Militärfriedhofs begannen heute vormittig die offiziellen Trauerfeierlichkeiten für Österreichs großen Staatsmann. Die zweite Einlegung erfolgt im Anschluß daran im Stephansdom, worauf eine Feierfeier an der Seite Seipels vor dem Parlament stattfindet.

Gestern zogen gegen 100 000 Personen, darunter zahlreiche Abordnungen aus den Nachfolgestaaten sowie viele Ausländer an dem offenen Sarge des toten Bundeskanzlers vorbei.

### Nationalsozialistische Koalitionsführer

München, 5. August. (E. M.) Der gefeierte Leitartikel des Böhmischen Beobachters wird heute vom Bayrischen Kurier aufgeschlagen, der ihn in einem längeren Aufsatz betitelt „Nationalsozialistische Koalitionsführer“ bezeichnet. Darin heißt es: Zentrum und Bayrische Volkspartei hätten keine Ursache, heute von Koalitionen zu sprechen. „Wir wollen nur feststellen — so schreibt das Blatt — daß offenbar der Nationalsozialismus ganz ernst bereit wäre, sich mit Zentrum und Bayrischer Volkspartei zusammenzutun, wenn diese Parteien so naiv wären, Herr Hitler die Steigbügelschäler zu machen. Und feststellen wollen wir noch etwas anderes: Der Böhmische Rosenbergs beweist klar und eindeutig, daß die Nationalsozialisten eine heilige Angst vor der lachlichen Arbeit haben. Die Arbeitsministerien nüchtern, in denen wirklich für das Volk praktische Arbeit geleistet werden muß, die sollen die „Schwarzen“ haben. Mit den politischen Ministerien, welche die Versicherung über die staatlichen Ressourcen bedienen, wollen die Hitlerleute sich selber beschließen.“

### Mord in einem Chemnitzer Café

Chemnitz, 5. August. Im Café Herold, das als Verkehrshotel der NSDAP gilt, wurde heute Nacht der 38jährige Deutsch Arbeiter von einem unbekannten Täter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er kurz nach der Entfernung in das Krankenhaus verstarb. Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, wurden die Gäste in dem betreffenden Café vor zwei unbekannten Personen, die vorher friedlich ihre Bier getrunken hatten, plötzlich mit vorgehaltenen Pistolen aufgefordert, die Hände hochzuheben. In dem daraus folgenden Handgemenge erschoss der Deutsch von einem der beiden Unbekannten einen Schuß in den Kopf. Die Täter, von denen einer durch einen Wurf mit einem Bierglas verletzt wurde, konnten zunächst entkommen, später aber wurde der Verletzte aufgegriffen und festgenommen. Die Ermittlungen über die Partizipationsfähigkeit der Täter haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Der erschossene Deutsch ist partoutlos.

## Die radikale Frage

Private, Journalisten, Politiker haben in der letzten Woche mit oder ohne Rechenschaft alle Möglichkeiten auszuschöpfen gehabt, die für eine ev. Neuorientierung der Reichsregierung in Frage kommen könnten. Wenn diese Tätigkeit am grünen Tisch nutzlos blieb, so deswegen, weil die Faktoren, die das Jüngste an der Waage ergeben, noch nicht klar und deutlich ihre Stellungnahme geäußert haben. Eins nur dürfte feststehen, daß der Wahlauftakt nicht ganz ohne Einfluss auf die politische Willensbildung der Reichsregierung bleiben dürfte, sei es nun, daß man zum Troststand der Tolerierung den einen oder anderen als Mitglied in das Kabinett zur Mitarbeit hinzuzieht, oder sich auf sonstige Art die parlamentarische Operationsbasis schafft, ohne die doch immer noch nicht in Deutschland regiert werden kann.

Bei der Frage, wie das derzeitige Kabinett in der gegenwärtigen politischen Situation, in der weder die Linke noch die Rechte eine Mehrheit zu bilden vermögen, seine schwache Existenz retten kann, kommt es in erster Linie auf zwei Parteien an, Zentrum und Nationalsozialisten. Für das Zentrum ist klar, daß es den Wahlkampf in bewußtem Gegensatz zu dem Kabinett Papen der außenpolitischen Schwächen und der innerpolitischen Feindseligkeiten geführt hat. Diesen Kampf hat das Zentrum gewonnen, weil ein großer Teil des Volkes nicht wollte, daß Diktatur, Klosterrherrschaft einzelner und soziale Realität die jähre Aufbaubarkeit Brünings der letzten zwei Jahre ablösen sollten. Damit ist natürlich noch keineswegs gezeigt, daß das Zentrum für die Zukunft Opposition um jeden Preis treiben möchte, wenn es vernünftig handeln will. Die Aufgabe der Partei muss unseres Erachtens nach vielmehr darin bestehen, den Einfluß, den ein jeder einzelne Zentrumswähler durch Erfüllung seiner staatsbürglerlichen Pflicht am Sonntag auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland ausüben beabsichtigt von Seiten der Partei summierend und tatsächlich zur Geltung zu bringen.

Wie verhängnisvoll gerade die politische Ausschaltung unter Umständen sein kann, hat die Vergangenheit bestimmten Parteien sehr wohl dargetan, die, nachdem sie sich selbst ausgehöhlt, nur noch sehr geringen Einfluß auf die Staatsführung und somit auch auf die Durchführung ihrer Parteiprogramme ausüben konnten. Ob allerdings das Zentrum seinen Einfluß innerhalb der Regierung — hierfür sind kaum Anzeichen vorhanden — oder außerhalb gelingt zu machen besteht in einer Krise zweiter Ordnung. Wichtig allein ist das Bewußten, den positiven Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse so lange zu wahren, als es möglich ist.

Damit aber kommen wir auf die Kernfrage. Zwar hat das Zentrum in der Vergangenheit bewiesen, daß man nicht erst zweihundertdreißig Abgeordnete benötigt hat, um zu erreichen — wie Alfred Rosenberg im Böhmischen Beobachter mit Bezug auf seine Partei sagte — daß ein Vorfürstengang an ihm nicht möglich sei. Aber wie ist doch die Situation nach den Reichswahlen? Zwar hat das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit Diktatur und Tyrannie abgelehnt. Jedoch hat die Hitlerpartei in den vergangenen Jahren möglich geweine hemmungslose Opposition ihnen einen Stimmenzuwachs gebracht, der mit 230 Sitzen über ein Drittel der Gesamtkoalition verfügt.

Angesichts einer solchen Situation stellt sich eigentlich von selbst die radikale Frage: Ist es überhaupt noch möglich, fürderhin in Deutschland geordnete Politik zu treiben, solange ein solch großer Block der Unordnung ständig im Wege steht? Es ist tatsächlich nicht nur parteitatsliches Verlangen, wenn man endlich fordert, daß die ein Drittel der Wählerkraft in Deutschland in lauten Propagandaveranstaltungen überzeugt haben, nun endlich in die starke politische Altagsarbeit hineinzusteigen. Ja, wir müssen die braunen Geister, zwar in der festen Überzeugung, sie alsdann bald wieder los zu sein, allerdings mit dem wehmütigen Gefühl, daß es über sehr zerbrochenes Glas geben wird. Aber jeder, dem es ernst ist um die Zukunft von Volk und Vaterland, muß wünschen, daß dieser Block von Unordnung, der sich einer vernünftigen Politik ständig in den Weg stellt, endlich befeitigt wird. Daher ist es aber, daß er bei der gegebenen Lage nur befeitigt werden kann, indem er sich selber den Schinderdienst tut, dadurch, daß er austritt aus der Propaganda und eintritt in die Tagesarbeit der Politik. Erst dann wird das Volk erkennen, welchen Phantomen es nachgejagt ist. Aber dann wird es auch wieder möglich sein, das in seinen Grundfesten stark erschütterte Deutschland erneut in einen festen Verband zu nehmen. 281.